

GESCHÄFTSSTELLE / SEGRETERIA

Amt der Tiroler Landesregierung

Landhaus

A-6020 Innsbruck

Telefon: +43 512 5082340

Telefax: +43 512 5082345

E-mail: info@argealp.org

Internet: www.argealp.org



**39. Konferenz
der Regierungschefs der
Arbeitsgemeinschaft Alpenländer
am 20. Juni 2008
in Prien am Chiemsee**

Ergebnisprotokoll

Ergebnisprotokoll

Ergebnisprotokoll

ARBEITSGEMEINSCHAFT ALPENLÄNDER

Freistaat Bayern, Autonome Provinz Bozen-Südtirol, Kanton Graubünden, Region Lombardei,
Land Salzburg, Kanton St. Gallen, Kanton Tessin, Land Tirol, Autonome Provinz Trient,
Land Vorarlberg

COMUNITÀ DI LAVORO REGIONI ALPINE

Stato Libero di Baviera, Provincia Autonoma di Bolzano-Alto Adige, Cantone dei Grigioni,
Regione Lombardia, Land Salisburgo, Cantone di San Gallo, Cantone Ticino, Land Tirol,
Provincia Autonoma di Trento, Land Vorarlberg

1. Begrüßung und Annahme der Tagesordnung

Staatsminister Dr. Markus Söder eröffnet die Sitzung und heißt alle TeilnehmerInnen (Beilage A) der diesjährigen Regierungschefkonferenz in Prien am Chiemsee herzlich willkommen. Die Tagesordnung wird angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der 38. Regierungschefkonferenz

Das Protokoll der Regierungschefkonferenz vom 22.6.2007 in Bregenz wird einstimmig genehmigt.

3. Politische Schwerpunktthemen

3.1. Zukunft der Land- und Forstwirtschaft und ländlichen Entwicklung im Alpenraum (Beilage B)

Staatsminister Miller unterstreicht unter Heranziehung der „Füssener Erklärung zur Land- und Forstwirtschaft im Alpenraum“ den Wert des Alpenraumes als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum. Die Globalisierung der Wirtschaft, die Liberalisierung der Märkte sowie der Klimawandel stellen die Land- und Forstwirtschaft vor neue Herausforderungen. Der Alpenraum mit seinem Reichtum an natürlichen Ressourcen muss auch im Interesse der dort ansässigen Bevölkerung erhalten werden. Die Politik muss sich auf nationaler und supranationaler Ebene für die angemessene Honorierung der von der Land- und Forstwirtschaft erbrachten Leistungen (wie Lebensmittelerzeugung und Landschaftspflege) einsetzen und die durch natürliche Gegebenheiten bedingten Nachteile bei der Gewährung von Finanzhilfen berücksichtigen. Zur Sicherung der Zukunft der ökologisch wichtigen Regionen des Alpenraums ist die Berglandwirtschaft durch die Aufrechterhaltung der Milchmarktordnung, ein System von Ausgleichsprämien bzw. ein System geschützter Herkunftsbezeichnungen zu stärken.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

3.2. Klimawandel und Biodiversität im Alpenraum

Staatsminister Söder verweist auf die bereits erkennbaren Auswirkungen des Klimawandels auf die Artenvielfalt und die Veränderungen im biologischen Gesamtsystem. Wenn auf Grund des Klimawandels bekannte Arzneigrundlagen, Lebensmittel und genetisches Material für Züchtungen nicht mehr hergestellt werden können, so stellt das die Menschen vor neue Herausforderungen. Mit der Entwicklung einer eigenen Biodiversitätsstrategie schafft Bayern größere zusammenhängende Lebensräume, um den Erhalt der biologischen Vielfalt zu gewährleisten und insbesondere junge Menschen auf die Bedeutung dieser Thematik aufmerksam zu machen. Auf europäischer Ebene muss mehr Aufmerksamkeit auf den Alpenraum, im zentraleuropäischen Raum eine der sensibelsten Regionen, gelenkt werden. In der Finanzperiode 2013-2020 muss die Europäische Union mehr Gelder für die Alpenregionen bereit stellen. Diese Anliegen sollen in einer Konferenz formuliert und gemeinsam in der Europäischen Union durchgesetzt werden.

Landeshauptmann Sausgruber weist auf die Tendenz in Europa hin, im Bereich der Stromerzeugung großen Lösungen den Vorzug einzuräumen. Gegen diese Benachteiligung der Wasserkraft in ihrer Gesamtheit müssen die Alpenländer vereint auftreten. Im Bereich Energieeffizienz besteht noch viel ungenütztes Potenzial. Um mit Mitteln der Wohnbauförderung

Wohnen leistbarer zu machen, konnte in Vorarlberg bereits ein Pilotprojekt „Energiesparendes Bauen und Wohnen“ erfolgreich abgeschlossen werden.

Landeshauptmann Durnwalder unterstreicht die Wichtigkeit von erneuerbarer Energie. Da der Energieverbrauch stetig ansteigt, sollte man sich auch innerhalb der Arge Alp mit dem Thema rund um saubere und erneuerbare Energie vermehrt auseinandersetzen. Aus diesem Grund regt er an, 2008/09 einen Schwerpunkt auf die Energieproblematik zu legen.

Regierungsrat Schmid erklärt, der Arge Alp-Vorsitz werde dieses wichtige Thema aufgreifen.

Presidente del Consiglio di Stato Borradori betont, dass gerade für schwächere Regionen die Energiegewinnung aus Wasserkraft besonders wichtig ist. Auf Grund der Diskussion über den Ausbau der Atomkraft in Italien sollte die Arge Alp eine Konferenz im Kanton Tessin abhalten, um Erfahrungen mit den verschiedenen Wegen zur Energiegewinnung auszutauschen.

Dr. Mayrhofer, Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention, berichtet, dass die Organe der Alpenkonvention gegenwärtig einen Aktionsplan zum Klimawandel in den Alpen mit konkreten Maßnahmen in den Bereichen Energie, Tourismus, Verkehr und Erhaltung der biologischen Vielfalt ausarbeiten.

Assessore Panizza unterstreicht, dass auch die Autonome Provinz Trient die Thematik „Klimawandel“ als vordringlich betrachtet und daher besonderes Augenmerk auf Maßnahmen zur Milderung von dessen Auswirkungen legt.

Der Bericht von Staatsminister Söder wird einstimmig angenommen.

3.3. Grundsätze einer Bergpolitik der Europäischen Union (Beilage C)

Landeshauptmann Durnwalder referiert die am Vortag vom Ausschuss der Regionen der EU einstimmig angenommene Resolution. Insbesondere muss erreicht werden, dass die Berggebiete mit den anderen benachteiligten Regionen der Europäischen Union gleichbehandelt werden. Die von Natur aus gegebenen Nachteile dieser Regionen müssen ausgeglichen werden, um einer irreversiblen Entvölkerung vorzubeugen. Durch die Einführung eines „Europäischen Jahres der Berge“ und im Rahmen eines alle zwei Jahre durchzuführenden Kongresses sollen Aufklärungsarbeit geleistet und Fortschritte evaluiert werden.

Staatsminister Söder betont in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit, das Beihilfenregime der EU zu lockern, da auf Grund der Finanzströme in die neuen Mitgliedstaaten die finanziellen Mittel der EU für die Berggebiete weniger werden könnten und die Regionen sodann zumindest mit eigenem Geld notwendige Strukturförderung leisten könnten.

Der Bericht von Landeshauptmann Durnwalder wird einstimmig angenommen und die Initiative von Landeshauptmann Durnwalder seitens der Regierungschefkonferenz ausdrücklich unterstützt.

3.4. Aktuelle Entwicklungen des alpenquerenden Verkehrs

Landesrat Bodner referiert den aktuellen Stand der europäischen Verkehrsentwicklung. Auch im EU-Weißbuch „Die Europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ wird festgestellt, dass die kontinuierliche Zunahme des LKW-Verkehrs die Lebensqualität im Alpenraum gefährdet. Im Projekt *Monitraf* haben sich die Region Valle d’Aosta, die Region Rhone-Alpes, die Autonome Provinz Bozen, der Kanton Tessin, die Zentralschweizer Kantone und

das Land Tirol zusammengeschlossen, um die Auswirkungen des Verkehrs zu untersuchen. In der Schweiz wurden bereits 2/3 des alpenquerenden Güterverkehrs auf die Schiene verlagert, in Frankreich und Österreich dominiert noch der Straßengüterverkehr. Die diesbezügliche Belastung des Brennerkorridors ist evident und wird weiterhin zunehmen, weshalb die Schiene als leistungsfähiger Verkehrsträger immer mehr an Bedeutung gewinnt. Im Alpenraum ist der Brenner Basis Tunnel für die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene von entscheidender Bedeutung.

Landeshauptmann Durnwalder unterstreicht, dass die rasche Realisierung des Brenner Basistunnels unerlässlich ist und appelliert an Staatsminister Söder, dies auch auf europäischer Ebene zu vertreten. Zur Eindämmung des hohen Anteiles an Umwegtransit müssen einheitliche Tarife für alle Alpenüberquerungen erreicht werden. Das Projekt Lyon-Turin darf nicht zu finanziellen Engpässen in Italien beim Projekt Brenner Basistunnel führen.

Staatsminister Söder betont, dass Bayern in Berlin vehement den Ausbau der Bahnstrecke München - Kiefersfelden fordert, um so eine taugliche nördliche Zulaufstrecke für den Brenner Basistunnel zu schaffen.

Presidente del Consiglio di Stato Boradori betont die positiven Entwicklungen hinsichtlich der Transitproblematik in der Schweiz durch den Bau des Gotthardtunnels. Die Realisierung des Brenner Basistunnels ist voranzutreiben, um die Lebensqualität dort auch für die nächste Generation zu erhalten.

Regierungsrat Keller verweist auf das wichtige Projekt München - Zürich und die dabei bereits erfolgten Mitfinanzierungen zur Projektbeschleunigung. Diesbezüglich sind sämtliche Voraussetzungen zur Realisierung dieses Projektes innerhalb Deutschlands zu schaffen.

Landeshauptmann Durnwalder und Staatsminister Söder appellieren an Tirol, die Umsetzung der zweiten Stufe des sektoralen Fahrverbotes zu überdenken sowie jedenfalls mit Südtirol und Bayern dazu in einen Dialog zu treten.

Der Bericht von Landesrat Bodner wird einstimmig angenommen.

3.5. Weitere Ausschöpfung ungenutzter Potenziale in den ländlichen Räumen

Regierungsrat Schmid stellt die Ergebnisse einer Vergleichsstudie vor. Die Erhaltung und Verlängerung bestehender Wertschöpfungsketten ist ein wichtiger Bestandteil der Förderung von schwachen und potenzialarmen Räumen sowie insbesondere der Innovationsfähigkeit in Landwirtschaft und Tourismus. Mittel- bis langfristige Sicherstellung von Wirtschaftswachstum und Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen erfordern die Förderung von neuen, exportorientierten Produkten und Dienstleistungen. Governance-Strukturen müssen Unternehmen mit spezifischem Know-how versorgen, sie horizontal und vertikal vernetzen sowie in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten unterstützen. Die integrale Standortförderung basiert auf der Identifikation der wichtigsten Potenziale eines Raumes. Es gibt keine Räume ohne Potenzial. Potenzialarme Regionen sind mit der Bevölkerung vor Ort zu entwickeln, um dort mittel- und langfristige Potenziale zu schaffen. Vorrangiges Ziel ist der grenzüberschreitende Erfahrungsaustausch, die Nutzung von Synergien und die Lancierung von grenzüberschreitenden Projekten. Die Arge Alp soll hierfür als internationale Plattform genutzt werden.

Dieser Bericht wird einstimmig angenommen und die Studie „Potenzialarme Räume-Umgang mit ungenutzten Potenzialen“ zur Veröffentlichung auf der Homepage der Arge Alp freigegeben.

4. Gemeinsame Vorhaben der ARGE ALP

Die Berichte über die laufenden Projekte – „Die besten 5, Exkursionen im Alpenraum“, „Handwerk und Denkmalpflege, Die Zukunft des baulichen Erbes im Alpenraum“, „Sprechender Dialektatlas“, „Lehrlingsaustausch Xchange“, „JuniorAkademie Arge Alp“, „Arge Alp Spiele 2007-2012“ - sowie über die abgeschlossenen Projekte werden mit Dank an die Projektleiter zur Kenntnis genommen.

Die Durchführung des neuen Projekts „Großraubtiere in den Alpen“ wird genehmigt:

Detaillierte Informationen zur Projektarbeit der Arge Alp sind auf der neu gestalteten Homepage der Arge Alp - [www. argealp.org](http://www.argealp.org) - zu finden.

5. Annahme des gemeinsamen Schlussdokuments (Beilage D)

Das gemeinsame Schlussdokument wird von der Konferenz der Regierungschefs der Arge Alp einstimmig angenommen.

6. Finanzvorschau 2009 (Beilage E)

Die Finanzvorschau 2009 wird einstimmig beschlossen.

7. Übergabe des Vorsitzes an den Kanton Graubünden

Staatsminister Söder dankt für die Unterstützung aller Mitglieder während seiner Amtsperiode und wünscht Regierungsrat Schmid alles Gute.

Regierungsrat Schmid dankt Staatsminister Söder für die exzellente Arbeit des Vorsitzes Bayern. Die Arge Alp wird sich unter dem Vorsitz von Graubünden vertieft mit den Bereichen Alpentourismus, Informationsgesellschaft, Infrastruktur und Energiepolitik auseinandersetzen. Außerdem sollen in Graubünden am 10.12.2008 ein Symposium „Arge Alp wohin - Herausforderungen und Perspektiven“ durchgeführt und für 2009 ein Arge Alp-Preis im Bereich Musik ausgeschrieben werden.

Die nächste Regierungschefkonferenz findet am 18./19. Juni 2009 in Flims, Graubünden statt.



ARBEITSGEMEINSCHAFT ALPENLÄNDER
COMUNITÀ DI LAVORO REGIONI ALPINE

TEILNEHMER / PARTECIPANTI

Bayern

Dr. Markus Söder	Staatsminister
Josef Miller	Staatsminister
Michael Hinterdobler	Bayerische Staatskanzlei
Wolfgang Kuhn	Bayerische Staatskanzlei
Dr. Erik Settles	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Birgit Reiter	Bayerische. Staatskanzlei

Graubünden

Dr. Martin Schmid	Regierungsrat
Dr. Claudio Riesen	Kanzleidirektor
Lic. jur. Bianca Battaglia	Beauftragte für Außenbeziehungen und Projekte

Salzburg

Dr. Heinrich Ch. Marckhgott	Landesamtsdirektor
Dr. Petra Margon	Landesamtsdirektion

St. Gallen

Dr. Josef Keller	Regierungsrat
Rolf Vorburger	Leiter der Koordinationsstelle für Außbeziehungen

Südtirol

Dr. Luis Durnwalder	Landeshauptmann
Dr. Klaus Luther	Kabinetttchef

Tessin

Marco Borradori	Presidente del Consiglio di Stato
Giampiero Gianella	Cancelliere dello Stato
Rossana Massera	Segretaria della cooperazione transfrontaliera
Ilaria Bignasci	Collaboratrice personale del Presidente del Consiglio

Tirol

Mag. Johannes Bodner	Landesrat
Dr. Fritz Staudigl	Leiter der Geschäftsstelle der ARGE ALP
	Abteilungsvorstand Außenbeziehungen
Dr. Andreas Greiter	Stellvertretender Abteilungsvorstand Außenbeziehungen
Mag. Cornelia Heis	Abteilung Außenbeziehungen

Trient

dott. Franco Panizza
dott. ssa. Maria Antonacci
dott. Alessandro Ciola

Assessore all'artigianato, cooperazione e trasporti
Assessorato all'artigianato, cooperazione e trasporti
Assessorato all'artigianato, cooperazione e trasporti

Vorarlberg

Dr. Herbert Sausgruber
Dr. Johannes Müller

Landeshauptmann
Landesamtsdirektor

Alpenkonvention

Dr. Wolfger Mayrhofer

Ständiges Sekretariat

**Agrarpolitische Tagung der Arge Alp
zum Thema „Land- und Forstwirtschaft im Alpenraum“
am 17. und 18. April in Füssen**

Füssener Erklärung

Diese Füssener Erklärung konzentriert sich auf landwirtschaftsbezogene Handlungsfelder. Denn erst im Oktober 2007 haben wichtige Alpenanrainerländer, darunter Österreich, Schweiz, Italien und Deutschland sowie eine Reihe von Beobachterstaaten in Lindau eine 10-Punkteerklärung zur Stärkung des Bergwaldes abgegeben und eine intensive Zusammenarbeit zur Sicherung seiner Schutz- und Nutzfunktion vereinbart.

**Berglandwirtschaft ist für den Alpenraum
unverzichtbar**

Der Alpenraum ist Lebens- und Wirtschaftsraum für über 13 Mio. Menschen. Für jährlich mehr als 50 Millionen bildet er mit seinen kulturellen und touristischen Attraktivitäten den größten Erholungsraum in Europa. Mit seinem Reichtum an natürlichen Ressourcen, seinen Wasservorkommen, seinem land- und forstwirtschaftlichen Potential, seiner kulturellen Bedeutung, seinem Wert als europäischer Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum sowie mit den durch ihn führenden Verkehrsachsen ist der gesamte Alpenraum auch in Zukunft insbesondere für die ansässige Bevölkerung, aber auch für die Menschen anderer Gebiete überlebenswichtig.

Diese ökonomische und ökologische Vielfalt und seine landeskulturelle Einmaligkeit zu sichern und zu stärken ist eine gesamteuropäische Verpflichtung. Land- und Forstwirtschaft im Alpenraum leisten als wichtige Wirtschaftszweige einen unverzichtbaren Beitrag zur Aufrechterhaltung einer angemessenen Besiedlungsdichte, zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und agrarischen Rohstoffen, zur Erzeugung typischer Qualitätsprodukte, zum Schutz des Bodens vor Erosionen, Lawinen, Hangrutschungen und Überschwemmungen sowie zur Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft, insbesondere auch als Grundlage für den Tourismus. Die Berglandwirtschaft bietet aber auch durch die vielfältigen Kontakte mit Touristen und Erholungssuchenden eine hervorragende Möglichkeit, weite Teile der Bevölkerung für landwirtschaftliche und umweltpolitische Themen zu sensibilisieren.

Globalisierung der Wirtschaft und Liberalisierung der Märkte, rapide zunehmender Verkehr, der wachsende Bedarf an Nahrungsmitteln und Nachwachsenden Rohstoffen, insbesondere Bioenergie und der Klimawandel stellen neue Herausforderungen für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in den Regionen des Alpenraumes dar. Auf regionaler, nationaler und supranationaler Ebene muss die Politik ihre Handlungsfelder dieser Aufgabenstellung anpassen.

Im Alpenraum ist eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft, die standortgerecht, nachhaltig und flächendeckend wirtschaftet, zu fördern, um die Kulturlandschaft auch in Zukunft erhalten zu können. Dabei ist eine gezielte Politik für eine vitale Bergwelt erforderlich, die auch den Bergbauern ein Überleben auf dem gemeinsamen europäischen Markt ermöglicht und zugleich die dazu notwendigen Umstrukturierungen in Produktion und Absatz unterstützt.

- Die Erhaltung der natürlichen Erzeugungsgrundlagen in der EU erfährt im Hinblick auf den weltweit steigenden Bedarf an Nahrungsmitteln und Nachwachsenden Rohstoffen wachsende Bedeutung. Die Sicherstellung einer Nahrungsmittelversorgung aus eigener Produktion in der EU muss zentrale Leistung der Landwirtschaft bleiben und als solche von der Gesellschaft anerkannt werden. Gut bewirtschaftbare und nachhaltig ertragreiche Böden sollen in Abstimmung mit den Notwendigkeiten der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung geschützt werden.
- Die landwirtschaftliche Tierhaltung sichert die Existenz der Berglandwirtschaft, hält die Kulturlandschaft in den Berggebieten offen und schafft dadurch die Grundlage für den Tourismus und die mit ihm verbundenen Wirtschaftsbereiche. Die Auflagen für landwirtschaftliche Tierhaltung sind so auszugestalten, dass sie die besonderen Bedingungen der Berglandwirtschaft in ausreichendem Maße berücksichtigen.
- Insbesondere für Berggebiete und andere Grünlandstandorte sind ausreichend finanzierte Maßnahmen vorzusehen, die das Fortbestehen der Milchproduktion und die Erzeugung anderer sensibler Produkte gewährleisten und somit eine nachhaltige, flächendeckende Bewirtschaftung sicherstellen.
- Die Milchmarktordnung muss bis 2015 mit ihren mengen- und preisstabilisierenden Elementen erhalten bleiben. Ein funktionierendes Regime zur Marktstabilisierung in der Gemeinsamen Agrarpolitik ist auch zukünftig essentiell. Im Falle eines Ausstiegs aus der EU-Milchquote ist

ein effektives, solide aus EU-Mitteln finanziertes Begleitpaket zur Sicherung der Milchstandorte in Berggebieten, sonstigen benachteiligten und sensiblen Gebieten sowie in Grünlandregionen erforderlich. Als Kernstück soll eine tierhaltungsbezogene Prämie zur Bewirtschaftung und Verwertung von Grünland eingeführt werden.

- Die Almwirtschaft soll insbesondere in Bereichen, in denen dies aus ökologischen und landeskulturellen Gründen notwendig ist, gefördert werden. Die von der Landwirtschaft dort erbrachten gesellschaftlichen Leistungen wie Landschaftspflege, Schonung der natürlichen Ressourcen oder Aufrechterhaltung von ländlichen Strukturen sollen angemessen honoriert und Vermarktungshilfen für die besonderen Almprodukte angeboten werden. Gut dotierte Agrarumweltprogramme und eine angemessene Finanzierung der Förderung der von der Natur benachteiligten Gebiete ist dafür die notwendige Voraussetzung.
- Zur Unterstützung der traditionellen Familienbetriebe in der Berglandwirtschaft sollen Entstehung und Entwicklung zusätzlicher Erwerbsquellen in den Berggebieten, vor allem durch und für die ansässige Bevölkerung und besonders in den mit der Landwirtschaft verbundenen Bereichen wie Forstwirtschaft, Tourismus und Handwerk, zur Erhaltung der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe im Einklang mit der Erhaltung der Natur und Kulturlandschaft gefördert werden.

Vor dem Hintergrund der besonderen Stellung der alpinen Land- und Forstwirtschaft verdienen die nachfolgenden grundsätzlichen Forderungen an eine zukunftsfähige Agrarwirtschaft besonderer Beachtung:

- Zur Sicherstellung der Nahrungsmittelproduktion tritt verstärkt die Aufgabe einer umweltverträglichen Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen zur energetischen und stofflichen Verwertung hinzu. Investitionen im Bereich „erneuerbare Energie“ (Anbau und Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen) sind ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels, zur Erweiterung der Wertschöpfung sowie zur Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion und des nachgelagerten Bereichs.
- Die Markt- und Wettbewerbsbedingungen für die Landwirtschaft und für ihre nachgelagerten Bereiche im internationalen Kontext (WTO) müssen fairer gestaltet sein. Herkunfts- und Ursprungsbezeichnungen sind zu schützen sowie regionale landwirtschaftliche Produkte als

Beitrag zum Klimaschutz zu fördern. Milch und Milchprodukte sowie Rindfleisch sind als sensible Produkte einzustufen.

- Die regionale Versorgung und regionale Wirtschaftskreisläufe sollen durch die Schaffung entsprechender unternehmerischer Rahmenbedingungen gestärkt werden. Die internationale Vermarktung von europäischen Qualitätsprodukten mit Herkunftskennzeichnung über eine europäische Exportinitiative (Netzwerke und Kampagnen) muss forciert werden.
- Generell muss die Entwicklung des ländlichen Raums gestärkt werden. Insbesondere sollen Tourismus, Gewerbe- und Dienstleistungsservices wegen ihres Beitrages für die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Gebiete stärkere Berücksichtigung bei der Politik für den ländlichen Raum finden.
- Die Anhebung der verpflichtenden Modulation ist abzulehnen. Auf dem EU-Gipfel im Dezember 2005 wurde die Haushaltsobergrenze für die 1. Säule der GAP bestätigt, den Landwirten wurde so politisch bis 2013 eine stabile 1. Säule in Aussicht gestellt, die nun im Interesse der Planungssicherheit nicht in Frage gestellt werden darf. Im Falle der Einführung einer progressiven Modulation zur Abbildung von Betriebsgrößeneffekten müssen zumindest die dadurch abgeschöpften Mittel im jeweiligen Mitgliedstaat verbleiben.
- Der großen Bedeutung der Landwirtschaft für die Staaten der Europäischen Union und ihre Bevölkerung muss auch nach 2013 mit einer entsprechenden Finanzierung der GAP Rechnung getragen werden, da Direktzahlungen als Grundlage des Europäischen Agrarmodells einer multifunktionalen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft auf der gesamten Gebietsfläche einen entsprechenden Mehrwert generieren. Damit sollen auch weiterhin Planungssicherheit gewährleistet, die Einkommen für die Landwirtschaft stabilisiert und dadurch die mit der Landbewirtschaftung verbundenen Gemeinwohlleistungen gesichert werden.
- Die regionalen und nationalen Spielräume im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union für die Förderung der alpinen Landwirtschaft zum Ausgleich ständiger natürlicher Nachteile sollen erweitert werden.

EUROPÄISCHE UNION



Ausschuss der Regionen

DEVE-IV-025

**75. Plenartagung
18./19. Juni 2008**

**INITIATIVSTELLUNGNAHME
des Ausschusses der Regionen**

**FÜR EIN GRÜNBUCH: "HIN ZU EINER EUROPÄISCHEN
'BERGPOLITIK' - EINE EUROPÄISCHE VISION FÜR DIE
BERGGEBIETE"**

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

- verweist auf Präsident Barrosos grundsätzlich befürwortende Reaktion auf das Ersuchen der Europäischen Vereinigung der Mandatsträger in Berggebieten um ein Grünbuch zu einer "europäischen Politik zur Unterstützung der Berggebiete" während des strukturierten Dialogs im Rahmen der Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 7. Dezember 2006;
- bemerkt, dass es sich bei den Berggebieten einerseits um Gebiete mit anhaltenden natur- und geographisch bedingten Nachteilen, andererseits aber auch um Regionen handelt, die sowohl durch ihre natürlichen Gegebenheiten als auch mit Blick auf Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen klare Stärken aufweisen;
- fordert die Europäische Union auf, eine echte europäische integrierte Politik zugunsten aller Berggebiete unter Achtung ihrer Unterschiedlichkeit auf den Weg zu bringen;
- würde die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten bei einer aktiven Entwicklung allgemeiner Ziele der überarbeiteten Strategien von Lissabon und Göteborg in einem europäischen Aktionsplan zur Wettbewerbsfähigkeit und zur nachhaltigen Entwicklung der Bergregionen unterstützen;
- ersucht die Europäische Kommission, sich der folgenden drei Schwerpunktthemen anzunehmen:
 - a. um Unternehmen anzusiedeln und den Zuzug von Menschen zu steigern, sollte die Attraktivität und Erreichbarkeit der Berggebiete erhöht werden, wo dies ohne Beeinträchtigung der Umwelt möglich ist; insbesondere sollten durch eine bessere Anbindung an die TEN die terrestrischen und digitalen Kommunikationswege ausgebaut werden, wobei bei der Erschließung des Know-how, der Humanressourcen und des Unternehmergeistes der Schwerpunkt auf Innovation und Kreativität liegen sollte;
 - b. die eigenen Ressourcen und die Besonderheiten sollten der Ausgangspunkt für den Umgang mit den Berggebieten sein, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die durch ihre anhaltenden naturbedingten Nachteile entstehenden Mehrkosten auszugleichen und die allgemeinen Versorgungsdienstleistungen aufrechtzuerhalten;

c. Cluster und Wettbewerbspole sollten entwickelt werden, um die Maßnahmen verschiedener Sektoren unter dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu bündeln und zu festigen.

Berichtersteller:

Herr Durnwalder (IT/EVP), Mitglied des Regionalrats und Landeshauptmann der Autonomen Provinz Bozen

POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

verweist auf Präsident Barrosos grundsätzlich befürwortende Reaktion auf das Ersuchen der Europäischen Vereinigung der Mandatsträger in Berggebieten um ein Grünbuch zu einer "europäischen Politik zur Unterstützung der Berggebiete" während des strukturierten Dialogs im Rahmen der Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 7. Dezember 2006;

betont, dass der Vertrag von Lissabon bei der Festlegung des Ziels des territorialen Zusammenhalts (Artikel 158) die Notwendigkeit anerkennt, den Berggebieten neben anderen Regionen mit anhaltenden natur- und geographisch bedingten Nachteilen besondere Aufmerksamkeit zu schenken;

betont, welche Bedeutung die Berge aufgrund ihrer natürlichen Ressourcen, ihrer kulturellen Ressourcen wie der sprachlichen Vielfalt und des Wissens sowie ihrer wirtschaftlichen Ressourcen wie der Landwirtschaft, der Industrie und des Tourismus für das Leben und die Tätigkeit der gesamten Bevölkerung der Europäischen Union haben;

stellt fest, dass es in 21 Mitgliedstaaten der Europäischen Union Berggebiete gibt, dass die Berggebiete 35,69% des europäischen Grundgebietes ausmachen und dort 17,73% der europäischen Bevölkerung leben¹;

macht darauf aufmerksam, dass Berggebiete 26% des Festlandes der Erde ausmachen, dass 10% der Weltbevölkerung Bewohner von Berggebieten sind, und dass Berggebiete ein entscheidendes Element für die nachhaltige Entwicklung des Planeten darstellen, wie es auch in Kapitel 13 der Agenda 21 von Rio anerkannt wird;

hält fest, dass die Zugänglichkeit der Berggebiete von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung eines echten Binnenmarktes und des freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs ist;

hebt hervor, dass die Vielfalt der Berggebiete noch größer wird, wenn man die zusammenhängenden Gebirge als überregionale, grenzüberschreitende oder länderübergreifende Räume betrachtet, die Berggebiete, Täler, Bergfußregionen sowie städtische und ländliche Gebiete umfassen;

bekräftigt, dass der Lebensraum der Berge sich durch eine große Biodiversität auszeichnet und deshalb eine besonders hohe Anfälligkeit und Empfindlichkeit gegenüber dem Klimawandel aufweist, für den er ein echtes Frühwarnsystem darstellt;

1 Studie "Mountain Areas in Europe: Analysis of mountain areas in EU member states, acceding and other European countries" 4Nordregio für die GD Regio, Januar 2004.
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/montagne/mount1_fr.pdf.

unterstreicht, dass Berggebiete aufgrund ihrer anhaltenden naturbedingten Nachteile für die nachhaltige Entwicklung immer schon eine Vorreiterrolle für mögliche Neuerungen innehatten;

betont, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften wichtige Erfahrungen hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklung der Berggebiete vorweisen können;

verweist auf die Anstrengungen des Europäischen Parlaments, des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses, den Bergregionen durch Stellungnahmen und Studien in der europäischen Politik mehr Aufmerksamkeit zu schenken;

stellt fest, dass es bis zum heutigen Tag keine europäische Politik oder integrierte Gemeinschaftsstrategie zugunsten der Berggebiete gibt, wie es bei den maritimen Regionen oder den städtischen Gebieten der Fall ist;

Zur Verbesserung der Governance in der Europäischen Union

erklärt, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Berggebiete großen Wert auf ihre Autonomie und auf die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips unter Einhaltung eines "Bottom-up"-Ansatzes in der europäischen Regierungsstruktur legen;

bemerkt, dass es sich bei den Berggebieten einerseits um Gebiete mit anhaltenden natur- und geographisch bedingten Nachteilen, andererseits aber auch um Regionen handelt, die sowohl durch ihre natürlichen Gegebenheiten als auch mit Blick auf Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen klare Stärken aufweisen;

betont die Notwendigkeit, die europäischen Politiken in einer integrierten Strategie zur nachhaltigen Entwicklung zu bündeln, die der Vielfalt der Berggebiete gerecht wird;

unterstreicht die Vordringlichkeit eines ausgewogenen und gerechten Vorgehens der EU zugunsten einer dauerhaften Valorisierung der Unterschiedlichkeit der Regionen Europas: städtische Regionen, Küstengebiete, dünn besiedelte Räume und Bergregionen;

erinnert an die Wichtigkeit der Rolle und der Arbeit der Bergbewohner bei der Landschaftsbildung und dem Erhalt eines ökologischen Gleichgewichtes in den Bergen;

unterstützt die Maßnahmen der Regionen und der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und ihrer Netze, die mit dem Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts bewährte Praktiken im Sinne der überarbeiteten Ziele von Lissabon und Göteborg austauschen;

hebt hervor, wie wichtig die Lissabon-Strategie und die kohäsionspolitischen Leitlinien 2007-2013 als Antrieb der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit Europas sowohl für die Bergregionen als auch für die anderen Gebiete sind;

erinnert an die zentrale Bedeutung der grenzübergreifenden und transnationalen Dimension der europäischen Politiken bei der europäischen Integration;

unterstreicht die Notwendigkeit, die Politik und Verwaltung Europas dem Alltagsleben der Bürger anzunähern;

Ein integrierter Ansatz für die Gebirge als oberstes Leitprinzip

betont den zusätzlichen Nutzen eines europäischen Ansatzes, der die Bergmassive (Alpen, Pyrenäen, Karpaten, iberische Gebirge, Balkan, die Berge im Mittelmeerraum einschließlich der Berge auf Inseln und in Nord- und Mitteleuropa usw.) in ihrer grenzübergreifenden und transnationalen Dimension erfasst;

hebt das hohe Potenzial der Bergregionen hinsichtlich ihrer natürlichen und kulturellen Ressourcen hervor;

verweist auf die hohe Zahl der einzelstaatlichen und regionalen integrierten Bergpolitiken;

berücksichtigt die Arbeit der Alpenkonvention und das Inkrafttreten der Karpatenkonvention;

honoriert die Arbeit der Euregios und der Arbeitsgemeinschaften als Vermittler und treibende Kräfte in den Grenzgebieten;

hofft auf eine echte europäische integrierte Strategie zugunsten der Bergregionen, damit die Fortschritte, die mit dem in Vorbereitung befindlichen Grünbuch zur territorialen Kohäsion erwartet werden, sektorübergreifend erreicht werden können;

Die unterschiedlichen Politiken als Instrumente einer integrierten Bergpolitik

hebt hervor, dass eine europäische Bergpolitik viele politische Bereiche betreffen würde, die bereits teilweise durch europäische Vorschriften geregelt sind, aber bisher nie in einem integrierten Ansatz koordiniert wurden;

zählt im Folgenden wichtige Politikbereiche auf, die eine aktive Bergpolitik abdecken muss:

- wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt bei interregionaler, grenzübergreifender und transnationaler Zusammenarbeit;
- Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums;
- Tourismus;
- Industrie und KMU;
- Klimawandel, erneuerbare Energien und natürliche Ressourcen (Wasser, Luft, Sonne im Hochgebirge, Holz, Biomasse);
- Umwelt, Artenvielfalt, Natur- und Kulturlandschaften;
- Verkehr und IKT, lokale Erreichbarkeit und TEN;
- Wettbewerb, Binnenmarkt, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und ÖPP;

- Forschung und Innovation;
- kulturelle und sprachliche Vielfalt, Schul- und Berufsausbildung.

Für einen Aktionsplan der Europäischen Union zugunsten der Berggebiete

fordert die Europäische Union auf, eine echte europäische integrierte Politik zugunsten aller Berggebiete unter Achtung ihrer Unterschiedlichkeit auf den Weg zu bringen;

würde die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten bei einer aktiven Entwicklung allgemeiner Ziele der überarbeiteten Strategien von Lissabon und Göteborg in einem europäischen Aktionsplan zur Wettbewerbsfähigkeit und zur nachhaltigen Entwicklung der Bergregionen unterstützen;

rät den Institutionen der EU, in ihren Bemühungen um eine "bessere Rechtsetzung" die Besonderheiten der jeweiligen Gebiete zu berücksichtigen;

fordert die Europäische Kommission auf, den positiven und vielfältigen Beitrag, den die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Bereich der nachhaltigen Entwicklung der Berggebiete leisten können, anzuerkennen und in der neuen europäischen Bergpolitik auch zu berücksichtigen;

ersucht die Europäische Kommission, sich der folgenden drei Schwerpunktthemen anzunehmen:

- a. Um Unternehmen anzusiedeln und den Zuzug von Menschen zu steigern, sollte die Attraktivität und Erreichbarkeit der Berggebiete erhöht werden, wo dies ohne Beeinträchtigung der Umwelt möglich ist; insbesondere sollten durch eine bessere Anbindung an die TEN die terrestrischen und digitalen Kommunikationswege ausgebaut werden, wobei bei der Erschließung des Know-how, der Humanressourcen und des Unternehmergeistes der Schwerpunkt auf Innovation und Kreativität liegen sollte;
- b. Die eigenen Ressourcen und die Besonderheiten sollten der Ausgangspunkt für den Umgang mit den Berggebieten sein, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die durch ihre anhaltenden naturbedingten Nachteile entstehenden Mehrkosten auszugleichen und die allgemeinen Versorgungsdienstleistungen aufrechtzuerhalten;
- c. Cluster und Wettbewerbspole sollten entwickelt werden, um die Maßnahmen verschiedener Sektoren unter dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu bündeln und zu festigen;

empfiehlt der Europäischen Kommission, die Berggebiete zu Modellgebieten für Innovation, Wissensgesellschaft und nachhaltige Entwicklung zu machen;

hofft, dass der weitere Weg der Berggebiete von der aus ihren Traditionen erwachsenden Innovation bestimmt wird und dass die Wettbewerbsfähigkeit ihrer KMU verbessert werden kann;

rät der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten der EU, die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Gebiete hinsichtlich Beschäftigung und Ausbildung zu berücksichtigen;

empfiehlt der Europäischen Kommission, auf Grundlage der Erfahrungen mit Naturschutzgebieten eine integrierte Bewirtschaftung von isolierten Hoch- und Mittelgebirgsregionen zu entwickeln, mit der es gelingt, die Politik zum Schutz der natürlichen Ressourcen – insbesondere mithilfe der Instrumente des Netzes "Natura 2000" – mit den Strategien für eine Valorisierung und ausgewogene Entwicklung der Berggebiete in Einklang zu bringen;

empfiehlt der Europäischen Union, im Rahmen des europäischen Zivilschutzes die territorialen Besonderheiten und die Tatsache zu berücksichtigen, dass es in den Bergen erhebliche natürliche Risiken und Schwierigkeiten ganz anderer Art gibt und sich demzufolge auch die entsprechenden Techniken für Einsätze des Katastrophenschutzes und der Bergwacht deutlich unterscheiden;

schlägt vor, im Rahmen der GAP-Reform die strategische Rolle der Landwirtschaft, der Weidewirtschaft und des Weinbaus bei der Erhaltung der Landschaft, der Qualität des Wassers und der Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel mit hohem Widererkennungseffekt des Herkunftsortes zu berücksichtigen. So eine neue, stärker territorial ausgerichtete Agrarpolitik würde die Erzeugung hochwertiger Produkte in kleinen Mengen begünstigen. Diese sind integraler Bestandteil der europäischen Landwirtschaft und ökologisch von größter Bedeutung;

fordert die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, und den Rat der EU auf, ein ausgewogenes Gesamtpaket an Maßnahmen anzubieten, die geeignet sind das Auslaufen der Milchquotenregelung, insbesondere in Berg- und Mittelgebirgsregionen, zu begleiten. Die Maßnahmen sind zu finanzieren aus Mitteln der nicht mehr genutzten Marktordnungsmaßnahmen, nicht aber zu Lasten der Direktzahlungen. Um die Landwirtschaft, eine extensive Viehzucht und die Milchproduktion in den Bergen und Mittelgebirgsregionen erhalten zu können, ist weiterhin ein wirtschaftlicherer Ansatz in der zweiten Säule zu entwickeln, u.a. um Absatzmärkte zu schaffen, und damit landwirtschaftliche Betriebe mit deutlichen positiven Auswirkungen für Natur und Umwelt in Gebieten mit natur- und geographisch bedingten Nachteilen zu unterstützen;

ersucht die EU-Institutionen, im Rahmen ihrer eigenen Politik zu berücksichtigen, welche große strategische Bedeutung die Bergwälder und deren nachhaltige Bewirtschaftung angesichts ihrer höchst wichtigen Schutzfunktion für ihre Umgebung und insbesondere für die dort befindlichen Ansiedlungen sowie auch mit Blick auf ihren Beitrag zur Erhaltung der Ressourcen und der biologischen Vielfalt haben, wenn es darum geht, dem Klimawandel entgegenzuwirken, die Qualität der Luft, des Wassers und der Landschaft zu erhalten und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Berggebiete zu fördern;

- ist der Ansicht, dass die Nutzung der Forstwirtschaft in Europa hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt, sowohl hinsichtlich ihrer ökologischen Bedeutung als auch im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Produkte (Energie, Bauwesen, Rohstoffe);
- ersucht die EU-Institutionen, in ihre Analyse der europäischen Gebiete die energiebezogenen Aspekte und die Produktionskapazitäten der Berggebiete im Bereich erneuerbare Energien (Wasserkraft, Sonnen- und Windenergie, Biomasse und Holz) und Passivbauweise aufzunehmen;
- ersucht die EU-Institutionen, die öffentlichen nationalen und regionalen Banken sowie den Europäischen CO₂-Fonds oder BlueNext, den positiven Einfluss der Berge auf die Umwelt (Wälder, Bergwiesen und -weiden) in Bezug auf Kohlendioxidsenken anzuerkennen, die finanziell über Zertifizierungs- oder Kohlenstoffkreditsysteme berücksichtigt werden könnten;
- ruft in Erinnerung, dass die TEN Energie, Verkehr und IKT eine echte territoriale Dimension beinhalten und so die geographischen, umwelt- und bevölkerungsrelevanten Gegebenheiten der betroffenen Regionen berücksichtigen müssen, um echte europäische Netze zu werden, die Verkehr und Kommunikation in europäischem Maßstab ermöglichen und von der lokalen Bevölkerung getragen werden;
- schlägt vor, in den Überlegungen zu einer europäischen nachhaltigen städtischen Mobilitätsstrategie auch die Versuche der Berggemeinden mit integrierten und nachhaltigen Nahverkehrsstrategien zu berücksichtigen;
- unterstreicht die Notwendigkeit einer dauerhaften Vernetzung der Bergbevölkerung und der dicht besiedelten Gebiete, um die überarbeiteten europäischen Wachstums- und Beschäftigungsziele zu erreichen;
- fordert, dass die Europäische Kommission alles daran setzt, die "digitale Kluft" zu verringern und allen europäischen Bürgern in allen Gebieten einen terrestrischen oder kabellosen Breitband- bzw. Höchstgeschwindigkeitszugang zu ermöglichen, insbesondere im Rahmen der europäischen Initiative i2010 zur digitalen Integration;
- empfiehlt, dass die Außen- und Nachbarschaftspolitik hinsichtlich einer Reihe internationaler geopolitischer Aspekte um die Dimension der Berggebiete erweitert wird; darunter fallen Wasser und natürliche Ressourcen, Respekt für die kulturelle Vielfalt und Bildung, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Migrationsbewegungen;
- rät der Europäischen Kommission, ihre Kommunikationsstrategie stärker an den kleinen Gebietseinheiten auszurichten, um eine größere Nähe zum Alltag der europäischen Bürger zu gewährleisten;

- empfiehlt, zur Stärkung der Demokratie in Europa die territoriale Dimension mehr in die europäischen Politiken einzubeziehen und stärker im gemeinschaftlichen Entscheidungsfindungsprozess und in der Komitologie zu berücksichtigen;
- schlägt dem Europäischen Parlament vor, die budgetären Auswirkungen der Maßnahmen der Europäischen Union für die einzelnen Berggebiete zu beziffern;
- empfiehlt, dass die Kohäsionspolitik partnerschaftlich auf Ebene der Berggebiete koordiniert wird, um eine Zersplitterung zu vermeiden und die strategische Dimension der Strukturmaßnahmen zu verbessern;
- schlägt vor, dass die operativen Planungen der anderen Gemeinschaftspolitiken mit territorialen Auswirkungen ebenfalls auf der - angemessenen - Ebene der Berggebiete abgestimmt werden, um stützende, integrierte und partnerschaftliche Strategien zu definieren;
- unterstützt das Vorgehen des für die Raumplanung zuständigen Ministerrats, im Rahmen des Aktionsplans zur territorialen Agenda die Auswirkungen des Klimawandels in den Bergen zu untersuchen und fordert die Europäische Kommission auf, diese Frage in ihre Arbeiten und Rechtssetzungsvorschläge aufzunehmen;
- unterstützt die zentrale Rolle der Kohäsionspolitik in der europäischen Strategie zu den Berggebieten sowie die Wegweisende Rolle, die dem Ziel der Kohäsionspolitik und den Interreg-Programmen zukommt;
- fordert die Mitgliedstaaten und ihre Parlamente auf, in den Verfahren zur Annahme der Regulierung des EVTZ die große Bedeutung eines gemeinschaftlichen Rechtsinstruments zugunsten der territorialen Kooperation für die Berggebiete zu berücksichtigen;
- erinnert an die Notwendigkeit, bei der Wettbewerbs- und der Binnenmarktpolitik die zentrale Rolle der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, der öffentlichen-privaten Partnerschaften in der Wirtschaft der Berggebiete und das Auffangen der ständigen wirtschaftlichen und sozialen Mehrkosten in diesen Regionen mit anhaltenden naturbedingten Nachteilen zu berücksichtigen, um einen Wegzug der Bevölkerung zu vermeiden, aber auch, um die örtlichen Trümpfe bestmöglich nutzen zu können;
- fordert die Europäische Kommission auf, alle von der Alpen- und Karpatenkonvention betroffenen Interessenträger und Beobachter zu konsultieren, um die Art des Regierens zu untersuchen und die diesbezüglichen Ziele zu bewerten und um zu entscheiden, ob auf dieser Grundlage die Ratifikation der Protokolle der Alpenkonvention und die Unterzeichnung und Ratifikation der Protokolle der Karpatenkonvention erfolgen sollte, und - wenn dies der Fall ist - um eine Vorreiterrolle bei diesen transnationalen Konventionen zu übernehmen;

schlägt vor, dass den Bergen ein europäisches Jahr gewidmet wird und dass gemäß der Konferenz von 2002 die Kommission alle zwei Jahre eine europäische Konferenz der Berggebiete unter Beteiligung des Ausschusses der Regionen ausrichtet;

fordert das Europäische Parlament und den Rat auf, während der den Ernennungen vorhergehenden Anhörungen die Kompetenz für die Berggebiete ausdrücklich einem einzigen Kommissionsmitglied zu übertragen, damit dieses neben seinen anderen Kompetenzen die territorialen übergreifenden Maßnahmen aller Kommissionsmitglieder koordiniert;

ersucht die Europäische Kommission, in einem Grünbuch Vorschläge zur Zukunft der europäischen Politik zugunsten der Berggebiete vorzulegen, als Voraussetzung für eine integrierte und partnerschaftliche europäische Berggebietsstrategie, die von der Europäischen Kommission, den Mitgliedstaaten, den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften mit Unterstützung der Akteure aus dem sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich und unter Einbindung der nationalen und europäischen Verbände zur Vertretung der Berggebietskörperschaften geleitet wird.

Brüssel, den 19. Juni 2008

Der Präsident
des Ausschusses der Regionen

Luc VAN DEN BRANDE

Der Generalsekretär
des Ausschusses der Regionen

Gerhard STAHL



Vorsitz/Presidenza 2007/08 **Freistaat Bayern**

**39. Konferenz der Regierungschefs der
Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (ARGE ALP)**

20. Juni 2008

Prien am Chiemsee

Gemeinsames Schlussdokument

Am 19. und 20. Juni 2008 trafen sich die Regierungschefs der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer (ARGE ALP) in Prien am Chiemsee in Bayern zu ihrer 39. Regierungschefkonferenz. Den Vorsitz seit der letzten Konferenz im Juni 2007 in Bregenz führte der Freistaat Bayern, vertreten durch den Bayerischen Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten Dr. Markus Söder.

Die diesjährige Regierungschefkonferenz stand unter dem Motto "ARGE ALP – starkes Rückgrat für Europa". In der Arge Alp sind 10 Regionen versammelt, welche die Heimat von zusammen 23 Millionen Menschen darstellen. Sie umfassen einen wirtschaftlich starken Raum in Deutschland, Österreich, Italien und der Schweiz, der sich durch eine ausgeprägte eigene Identität und ein Zusammengehörigkeitsgefühl auszeichnet. Gleichzeitig sind die Alpen ein besonders reicher natürlicher Lebensraum, für dessen Erhalt die Mitglieder ihre besondere Verantwortung wahrnehmen.

/.

Die Regierungschefs erörterten bei ihrem Treffen aktuelle Entwicklungen bei den Themen

- Klimawandel und Biodiversität im Alpenraum
- Grundsätze einer europäischen Bergpolitik
- Zukunft der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung
- Bewältigung des alpenquerenden Verkehrs
- Weitere Ausschöpfung ungenutzter Potenziale in den ländlichen Räumen

Die Mitglieder der ARGE ALP waren sich bewusst, dass sich jede Region zunächst aus eigener Kraft und Kompetenz den Herausforderungen stellen muss. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern schafft dabei für alle Mitglieder Vorteile. Die Regierungschefs unterstrichen dabei, dass auch die Ebenen der Nationalstaaten und die Europäische Union ihre Verantwortung wahrnehmen müssen.

Klimawandel und Biodiversität im Alpenraum

Die Regierungschefs nahmen Bezug auf die im vergangenen Jahr veröffentlichten Erkenntnisse über den fortschreitenden Klimawandel, die weltweit die Notwendigkeit eines raschen und nachhaltigen Umsteuerns vor Augen geführt haben. Der Alpenraum ist davon besonders betroffen. So war die Erwärmung im Alpenraum in den letzten 50 Jahren doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt; die Gletscher der europäischen Alpen haben seit 1850 die Hälfte ihrer Fläche verloren.

Die Regierungschefs erörterten, welche konkreten Möglichkeiten die versammelten Regierungen in ihrem eigenen Verantwortungsbereich haben, dem Klimawandel entgegenzuwirken, sich auf Anpassungen vorzubereiten und Forschung und Entwicklung zu fördern.

Die Regierungen aller versammelten Regionen arbeiten intensiv an der Erforschung der Auswirkungen des Klimawandels auf Permafrostböden und Gletscher und den damit verbundenen Konsequenzen für Infrastruktur und Tourismus, an neuen Konzepten für den Bergwald in seinen wichtigen Funktionen als Trinkwasser-, Lawinen- und Erosionsschutz sowie an langfristigen Szenarien hinsichtlich der Zukunft des Lebensmittels und Energieträgers Wasser in den Alpengebieten selbst, aber auch bei den jeweiligen Unterliegern. Alle Regionen leisten außerdem einen Beitrag zur Reduzierung des Energieverbrauchs und Effizienzsteigerung bei der Energieverwertung sowie bei der Energieproduktion durch erneuerbare Energien. Die Regierungschefs vereinbarten eine fortlaufende Zusammenarbeit hierzu im Hinblick auf die gemeinsame Verantwortung im Alpenraum.

Der Bayerische Europaminister und Vorsitzende Dr. Markus Söder verwies insbesondere auf die bereits erkennbaren Auswirkungen des Klimawandels auf die Artenvielfalt. Die damit verbundenen Änderungen im biologischen Gesamtsystem, der Wegfall von bekannten Arzneigrundlagen, Lebensmitteln und genetischem Material für Züchtungen stellen den Menschen vor enorme Herausforderungen. Bayern habe daher eine eigene Biodiversitätsstrategie entwickelt. So würden unter anderem für den Erhalt der biologischen Vielfalt größere zusammenhängende Lebensräume geschaffen und junge Menschen auf die Bedeutung der Thematik besonders aufmerksam gemacht.

Die autonome Provinz Trient hat im Rahmen eines umfassenden und kohärenten Ansatzes einerseits Maßnahmen zur Milderung der Auswirkungen des Klimawandels ergriffen und sich andererseits auf der Grundlage einer vertieften Analyse und eines darauf basierenden Programms mit den Möglichkeiten einer Anpassung auseinander gesetzt. Besondere Schwerpunkte dabei waren das Monitoring der Klimaentwicklung sowie die Fragen der Wasserressourcen, der Energie, der Umwelt, des Tourismus und der Information. Die Provinz Trient hat daher mit Blick auf den Klimawandel und mit der Zielsetzung, alle Fachpolitiken nach den Kriterien der Mil-

.I.

derung und Anpassung auszurichten, ein Expertengremium und gleichzeitig einen Fonds für Klimawandel eingerichtet.

Landesrat Johannes Bodner (Tirol) wies darauf hin, dass unter allen erneuerbaren Energieträgern die Wasserkraft insbesondere in alpinen Regionen eine herausragende Stellung einnehme. Überaus wichtige Bereiche des täglichen Lebens sind von einer sicheren Stromversorgung abhängig. Nur schnell verfügbare Energiequellen - wie insbesondere die umweltfreundlichen Speicher- bzw. Pumpspeicherkraftwerke - könnten in kürzester Zeit einen unvorhersehbaren Mehrbedarf an Strom, den Ausfall eines Teiles des Stromnetzes oder eines anderen Kraftwerkes ausgleichen. Der Ausbau der (erneuerbaren und speicherbaren) Wasserkraft sei daher von den Standpunkten der CO₂-Bilanz sowie der Versorgungssicherheit ein Gebot der Stunde.

Landeshauptmann Sausgruber wies darauf hin, dass in Vorarlberg bereits ein Pilotprojekt ("Faktor 10") im Bereich „energiesparendes Bauen und Wohnen“ erfolgreich abgeschlossen werden konnte. So konnte durch Sanierung von Wohnanlagen der Energieverbrauch auf ein Zehntel des Ausgangswertes reduziert werden.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die Wohnbauförderung des Landes. Dabei werden Baumaßnahmen (Neubau und Renovierung) nach einem ökologisch abgestimmten Maßnahmenkatalog gefördert. Bei der Energieeffizienz von Neubauten nimmt Vorarlberg eine Vorreiterrolle ein, betont Landeshauptmann Sausgruber. So wurde unter anderem den Wohnbaugenossenschaften bereits der Passivhaus-Standard für neue Anlagen vorgeschrieben.

Zukunft der Land- und Forstwirtschaft und ländlichen Entwicklung

Der Bayerische Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten Josef Miller legte die Bedeutung der "Füssener Erklärung zur Land- und Forstwirtschaft im Alpenraum dar. Mit ihren vielfältigen Leistungen für die Gesellschaft sei die Berglandwirtschaft ein zentrales Element der Alpen als Lebens-, Kultur- und Tourismusraum. Sie verdiene daher gute Rahmenbedingungen, die auch den großen Herausforderungen unserer Zeit Rechnung trügen. Insbesondere verwies Staatsminister Miller auf die Veränderungen durch die Liberalisierung der Märkte, die demographische Entwicklung und den Klimawandel.

Die Regierungschefs unterstützten das Anliegen einhellig. In jeder Region der ARGE ALP spiele die Land- und Forstwirtschaft eine zentrale Rolle für den Erhalt der Kulturlandschaft und der damit verbundenen regionalen Identität.

Insbesondere leisten der Bergwald und seine nachhaltige Bewirtschaftung einen bedeutenden Beitrag zu Wirtschaft und Beschäftigung in den Berggebieten, zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen und einer großen Artenvielfalt, zur Stabilität der Böden, zur Sicherung der Besiedlung und der Arbeitsmöglichkeiten der Bevölkerung, zur Qualität von Wasser und Luft und allgemeiner zur Bekämpfung des Klimawandels. Aus diesem Grund müssen mit Blick auf die wichtigen öffentlichen Wirkungen der Land- und Forstwirtschaft im Alpenraum diese Gemeinwohlleistungen mit geeigneten Maßnahmen gesichert werden, um der Gefahr der Abwanderung vorzubeugen. Dabei müssen auch Anreize geboten werden, durch welche die den Berggebieten innewohnenden Nachteile und die sich daraus ergebenden höheren Kosten ausgeglichen werden können.

Die Regierungschefs nahmen die Resolution einhellig an. Sie beschlossen, die Resolution ihren jeweiligen Zentralregierungen zukommen zu lassen. Der ARGE ALP-Vorsitz wurde gebeten, die Resolution auch an die

./.

europäischen Institutionen weiterzuleiten und um Unterstützung zu werben.

Die Regierungschefs forderten von der EU für den Fall des Auslaufens der Milchquote, mit geeigneten Begleitmaßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit der Milchviehhaltung in den Alpenregionen nachhaltig zu sichern. Nur faire Preise garantierten langfristig das Überleben gerade der kleineren Betriebe, die die einzigartige Kulturlandschaft Alpen erhalten.

Ausschöpfung ungenutzter Potenziale in den ländlichen Räumen

Der Regierungsrat des Kantons Graubünden Dr. Martin Schmid stellte die Ergebnisse der von der Arge Alp in Auftrag gegebenen Vergleichsstudie zum Umgang mit ungenutzten Potenzialen vor. Er kam zum Schluss, dass es keine Räume ohne Potenziale gebe. Die Frage sei nur, ob die vorhandenen Potenziale erkannt und genutzt werden können. Ziel müsse sein, die Wirtschaftsentwicklung auf die Inwertsetzung der vorhandenen Potenziale auszurichten. Die Regierungschefs tauschten sich über Erfahrungen aus, wie bisher brachliegende Potenziale im Alpenraum besser genutzt werden können und beschlossen, im Sinne eines proaktiven Umgangs mit dieser Thematik, die Vergleichsstudie zur Publikation freizugeben.

Aktuelle Entwicklungen des alpenquerenden Verkehrs

Der ARGE ALP-Vorsitz Bayern hat zu Fragen des alpenquerenden Verkehrs am 30. Mai 2008 die internationale Konferenz "Verkehr in den Alpen – Vorrang für die Schiene" mit hochrangiger Beteiligung aus allen Mitgliedsländern durchgeführt. Dabei wurde erneut deutlich, dass die Bewältigung der Verkehrszuwächse, die sich aus dem gewünschten Zusammenwachsen des EU-Binnenmarkts ergeben, eine der zentralen politischen Aufgaben für die Mitglieder der ARGE ALP bleibt.

./.

Der Brenner-Basis-Tunnel ist ein europäisches Projekt ersten Ranges. Die Realisierung dieses Tunnelprojektes und der Zulaufstrecken sind die Voraussetzung für die Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf die Schiene. Einen Meilenstein bildete im vergangenen Jahr die Unterzeichnung eines Memorandums der Verkehrsminister.

Die Europäische Union wird in der Haushaltsperiode 2007 – 2013 einen Gemeinschaftszuschuss für den Brenner Basistunnel in Höhe von € 786 Mio. zur Verfügung stellen, zusammen mit den Beiträgen für die Zulaufstrecken (in Summe 960 Mio EUR) sind dies rund 20 % der TEN-Mittel.

Die ARGE ALP-Regierungschefs begrüßten daher den Beginn der Probebohrungen für den Brenner-Basis-Tunnel. ARGE ALP-Vorsitzender Söder kritisierte die Verzögerungshaltung der deutschen Bundesregierung beim bedarfsgerechten Ausbau der Zulauf- und Ergänzungsstrecken. Landeshauptmann Durnwalder und Präsident Dellai (Trentino) appellierten an die neue italienische Regierung, die Ausbaumaßnahmen am Brenner auch weiter mit maximalen Ressourcen vorwärts zu treiben.

Die ARGE ALP-Mitglieder aus der Schweiz berichteten über den Ausbaustand der Neuen Alpentransversalen (NEAT). Sie begrüßten, dass Bayern mittlerweile erfolgreich die Finanzierung für den Ausbau der Strecke München-Lindau durchsetzen konnte und damit auch die Voraussetzungen für die Auslösung des schweizerischen Finanzierungsbeitrages geschaffen werden konnten, auch wenn innerdeutsch ein Bau- und Finanzierungsvertrag bislang noch nicht abgeschlossen werden konnte. Damit sei der lange Stillstand in dieser Frage durchbrochen und eine wichtige Zulaufstrecke für die alpenquerenden Verkehre einen erheblichen Schritt weitergekommen. Die Schweizer ARGE ALP-Mitglieder baten die italienischen Mitglieder um Unterstützung bei einer bedarfsgerechten Anbindung auch im Nordwesten Italiens.

./.

Für eine europäische Bergpolitik

Die Vielfalt und Tragweite der alpenspezifischen Themen verdeutlichten nach Ansicht der Regierungschefs, dass eine umfassende Bergpolitik auch in der Europäischen Union vonnöten ist.

Landeshauptmann Durnwalder stellte die am Vortag vom Ausschuss der Regionen der EU (AdR) beschlossene Resolution für ein Grünbuch "Hin zu einer europäischen Bergpolitik – eine europäische Vision für die Berggebiete" vor. Die Regierungschefs der Arge Alp begrüßten und unterstützten einhellig diese Resolution und wiesen auf folgende Punkte besonders hin:

Eine integrierte europäische Bergpolitik muss insbesondere die Entwicklung des ländlichen Raums, die Auswirkungen des Klimawandels, erneuerbare Energien, Verkehr und TEN, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, Forschung und Innovation, kulturelle und sprachliche Vielfalt, Schutz vor Naturgefahren, Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz abdecken.

Berggebiete sind als attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume zu erhalten und zu entwickeln. Dabei sind Geografie, Umwelt und Bevölkerung der Region zu berücksichtigen und Verkehrsmaßnahmen, die die Besonderheit der Berggebiete zerstören können, zu vermeiden. Wo allgemeine Versorgungsdienstleistungen auf Grund anhaltender naturbedingter Nachteile Mehrkosten verursachen, sollen diese ausgeglichen werden können. Integrierte Entwicklungsansätze, Kooperationen und Clusterbildungen sind zu unterstützen, Forschung, Entwicklung, Wissens- und Informationstransfer zu stärken. Die Berggebiete sollen unter Berücksichtigung von Tradition und Wissensgesellschaft zu Modellgebieten für Innovation und nachhaltige Entwicklung werden.

Beim Katastrophen- und Zivilschutz sind die besonderen natürlichen Risiken, die spezifischen Strategien, Maßnahmen und Techniken für deren

./.

Prävention, für technische Schutzmaßnahmen und für die Bewältigung von Krisen- und Katastrophensituationen zu berücksichtigen.

Im Rahmen der GAP-Reform ist die strategische Rolle der Land- und Weidewirtschaft sowie des Weinbaus zu berücksichtigen. Durch eine stärker territorial ausgerichtete Agrarpolitik ist die ökologische Erzeugung hochwertiger Produkte in kleinen Mengen als integraler Bestandteil der europäischen Identität zu begünstigen. Sicher zu stellen ist die nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes zur Erhaltung seiner vielfältigen Funktionen.

Besondere Bedeutung kommt energiebezogenen Aspekten und Produktionskapazitäten der Berggebiete in den Bereichen Erneuerbare Energien und Passivbauweise zu.

Die Regierungschefs der Arge Alp ersuchten die Europäische Kommission, in einem Grünbuch Vorschläge zur Zukunft der europäischen Politik zugunsten der Berggebiete vorzulegen, als Voraussetzung für eine integrierte und partnerschaftliche europäische Berggebietsstrategie, die von der Europäischen Kommission, den Mitgliedstaaten, den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften mit Unterstützung der Akteure aus dem sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich geleitet wird.

Gemeinsame Vorhaben der ARGE ALP

Die Regierungschefs nahmen die Projektberichte für das abgelaufene Jahr entgegen und beschlossen eine Reihe von gemeinsamen Vorhaben für das kommende Jahr.

- **ARGE ALP Jugend:**

Bewährt und erfolgreich weiter geführt wurden das Jugendsportprojekt ARGE ALP Spiele und der Lehrlingsaustausch x-change. Im Arge Alp Sportjahr 2006/2007 nahmen insgesamt 1.400 Jugendliche an den

./.

Wettbewerben der ARGE ALP Spiele teil. Gesamtsieger war die Lombardei.

Das Projekt x-change wird unter Federführung des Landes Vorarlberg seit dem Jahre 2001 erfolgreich durchgeführt. Bisher haben 343 Lehrlinge aus den Arge Alp-Ländern an diesem Austausch teilgenommen. Im ersten Halbjahr 2008 haben bereits 59 Lehrlinge teilgenommen, das sind über 10 Prozent mehr als im ganzen Jahr 2007. 40 Lehrlinge befinden sich derzeit auf der Warteliste. Damit leistet die Arge Alp auch einen wichtigen Beitrag zur Internationalisierung über den akademischen Bereich hinaus.

Die Fraunhofer-Gesellschaft führt vom 3. – 16. August 2008 die Europäische Junior Akademie ARGE ALP für 56 hochbegabte Jugendliche aus den ARGE ALP-Mitgliedsregionen in Lindau durch. Die Regierungschefs begrüßten, dass mit der Junior Akademie ARGE ALP neben den sportlichen und handwerklichen Jungtalenten auch die wissenschaftlich Begabten Gelegenheit zum grenzüberschreitenden gemeinsamen Arbeiten hätten. Damit erreiche die ARGE ALP ein weiteres Segment junger Menschen. Die Regierungschefs bestätigten die Genehmigung durch den Leitungsausschuss einstimmig.

Für Schulen und Jugendgruppen entsteht zur Zeit die Handreichung "Die besten Fünf – Exkursionen im Alpenraum". Sie stellt fünf geologisch, biologisch oder auch historisch besondere Ziele pro Mitgliedsregion vor, die die Einmaligkeit der alpinen Heimat über die eigene Region hinaus ins Bewusstsein rücken sollen. Die Handreichung soll bis Ende 2008 fertig gestellt, an Multiplikatoren verteilt und ins Internet eingestellt werden. Die Regierungschefs sahen in dem Projekt gleichzeitig eine solide Förderung für das regionale Identitätsgefühl als auch eine gute Möglichkeit zur Vorbereitung auf nachhaltiges Tourismusverhalten.

- **ARGE ALP Kultur:**

Ein Schwerpunkt des bayerischen Vorsitzjahres war der Bereich Kultur, in dem grundlegende Gemeinsamkeiten in der kulturellen Vielfalt der ARGE ALP-Mitglieder besonders deutlich werden.

So will die ARGE ALP die Vielzahl der im Alpenraum gesprochenen deutschen Dialekte erfassen. Sie lässt dazu einen sprechenden Dialektatlas erstellen, auf den über die Internet-Seite der ARGE ALP zugegriffen werden kann. Prof. Dr. Hannes Scheutz stellte den Regierungschefs erste Karten vor; die Fertigstellung ist bis Ende 2008 vorgesehen. Die Regierungschefs begrüßten den Fortschritt des Projektes als greif- und hörbaren Beitrag zur Lebenswelt der ARGE ALP.

Am 19. und 20. Oktober 2008 findet in Thierhaupten bei Augsburg ein internationaler ARGE ALP-Kongress zur Zusammenarbeit zwischen Handwerk und Denkmalpflege statt. Eröffnen werden unter anderem Reinhold Messner sowie der Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern Heinrich Traublinger. Das bauliche Erbe prägt den Alpenraum grundlegend. Die zur Erhaltung notwendigen hoch spezialisierten Handwerkstechniken sind zum Teil nur noch punktuell vorhanden bzw. werden kaum mehr ausgetauscht. Hier sollen einerseits neue Kontaktmöglichkeiten geschaffen werden, andererseits eine langfristige Strategie zur Ausbildung und zur Anerkennung für das Handwerk in der Denkmalpflege erarbeitet werden. Damit leistet die Konferenz auch einen Beitrag zur Nutzung von Potenzialen in strukturschwächeren Gebieten. Die Regierungschefs unterstrichen die Bedeutung des baulichen Erbes für den Kultur- und Tourismusraum Alpen und begrüßten die Verknüpfung zwischen kulturellem und wirtschaftlichem Agieren der ARGE ALP. Sie bestätigten die Genehmigung durch den Leitungsausschuss einstimmig.

- **ARGE ALP Berggebiete:**

Die im Januar 2008 abgeschlossene Projektstudie "Potenzialarme Räume – Umgang mit ungenutzten Potenzialen" beschäftigte sich mit den in den Regionen der ARGE ALP verwendeten Mitteln der Förderung strukturell schwächerer Räume.

Angeichts der von wandernden Großraubtieren verursachten Probleme führt die ARGE ALP ein Projekt zum Erfahrungsaustausch im Großraubtiermanagement durch. Die Regierungschefs begrüßten die Aufarbeitung dieser Fragestellung im alpentypischen Spannungsfeld Natur – Mensch und genehmigten das Projekt "Großraubtiere in den Alpen" einstimmig.

- **ARGE ALP Öffentlichkeitsarbeit:**

Unter bayerischem Vorsitz wurden die Aktivitäten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit verstärkt, um die Arbeiten und Positionen einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Vom Vorsitzland Bayern wurden bzw. werden folgende vier ARGE ALP-Newsletter veröffentlicht:

- Klimaschutz: Beispiele aus der Praxis der ARGE ALP-Mitgliedsregionen.
- "Miteinander Zukunft": Austausch und Verfeinerung von Aktivitäten zur Integration von Zuwanderern auf kommunaler Ebene.
- Regierungschefkonferenz 2008
- Europäische Junior-Akademie ARGE ALP

Zu den Arbeiten des Vorsitzes gehörte auch eine Überarbeitung der Internet-Seite der ARGE ALP, www.argealp.org, die den Regierungschefs präsentiert wurde.

Graubünden übernimmt den Vorsitz bis Sommer 2009

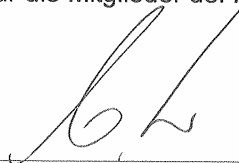
Zum Abschluss der Konferenz übergab Staatsminister Söder den Vorsitz in der ARGE ALP an Graubünden, symbolisiert durch die ARGE ALP-Glocke. Regierungsrat Dr. Martin Schmid gab einen Ausblick auf die Schwerpunkte der Arbeiten des Graubündener Vorsitzjahres. Die ARGE ALP werde sich, wie an der heutigen Regierungschefkonferenz angeregt, vertieft mit dem Thema Energiepolitik (Vergleichsstudie insbesondere zu Fragen der Energieeffizienz, der Nutzung der Wasserkraft und anderer alternativer Energien als Grundlage für die politische Diskussion in der nächsten Regierungschefkonferenz), Alpentourismus sowie Informationsgesellschaft und Infrastruktur befassen.

Außerdem soll in Graubünden ein Symposium "Arge Alp wohin: Herausforderungen und Perspektiven" durchgeführt und für 2009 ein ARGE ALP-Preis im Bereich Musik ausgeschrieben werden.

Der neue Vorsitzende Dr. Schmid dankte im Namen aller geladenen Regierungschefs dem bisherigen Vorsitz für die geleistete Arbeit und lud zur nächsten Regierungschefkonferenz am 18. und 19. Juni 2009 nach Graubünden ein.

Geschehen in Prien am 20. Juni 2008

Für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer:



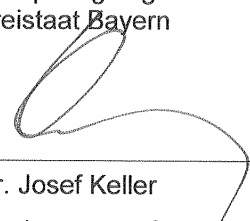
Dr. Markus Söder

Staatsminister für Bundes- und
Europaangelegenheiten
Freistaat Bayern



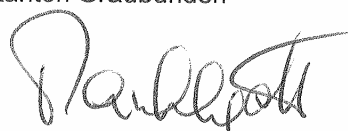
Dr. Martin Schmid

Regierungsrat für Finanzen und
Gemeinden
Kanton Graubünden



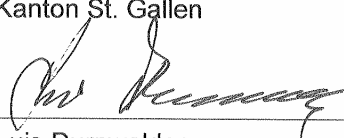
Dr. Josef Keller

Regierungsrat für
Außenbeziehungen
Kanton St. Gallen



Dr. Heinrich-Christian Marckhgott

Landesamtsdirektor
Land Salzburg

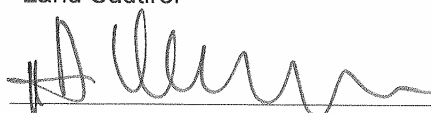


Luis Durnwalder

Landeshauptmann
Land Südtirol

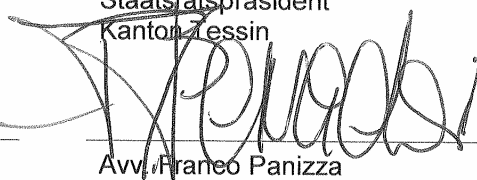
Avv. Marco Borradori

Staatsratspräsident
Kanton Tessin



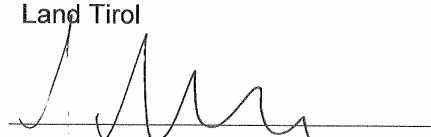
Johannes Bodner

Landesrat
Land Tirol



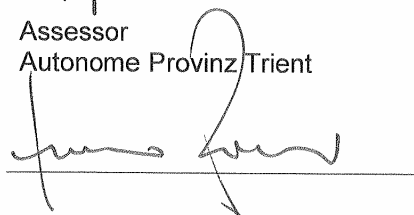
Avv. Franco Panizza

Assessor
Autonome Provinz Trient



Dr. Herbert Sausgruber

Landeshauptmann
Land Vorarlberg



FINANZVORSCHAU 2009 / BILANCIO DI PREVISIONE 2009
--

1. Leitungsausschuss, Präsidium, Regierungschefkonferenz, Geschäftsstelle / Comitato Direttivo, Ufficio di Presenza, Conferenza dei Capi di Governo, Segreteria

Dolmetsch- und Übersetzungskosten / costi di traduzione e di interpretario	20.000 €
Organisationskosten / costi di organizzazione	10.000 €
Öffentlichkeitsarbeit / relazioni pubbliche	50.000 €
Arge-Alp-Preis 2008 / premio Arge Alp 2008	60.000 €
Mitgliedsbeitrag AGEF / quota AGEF	8.000 €

2. Projekte / Progetti

Projekt „X-Change (Anteil 2009) / Progetto „X-Change“(percentuale 2009)	50.000 €
Projekt „Arge Alp Spiele 2008/09“ / Progetto „Giochi Arge Alp 2008/09“	25.000 €
Projekt „Großraubtiere in den Alpen“ / Progetto „Grandi bestie negli Alpi“	14.000 €
Symposium „Arge Alp wohin?“ / Simposio “Arge Alp dove va?”	3.000 €
Arge Alp Kochbuch / Libro di cucina Arge Alp	10.000 €
Schwerpunktprojekte / Progetti centrali	<u>250.000 €</u>
GESAMTSUMME/TOTALE	500.000 €